

Vorarlberger VP fällt um: Kindstötung im Landeskrankenhaus Bregenz geplant – zum Hintergrund einer Kampagne

Sie haben es schon mitverfolgt: Am 25. Oktober verkündete der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (VP) bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz, daß es nun entgegen vorheriger Festlegungen doch bald möglich sein werde, am Landeskrankenhaus Kinder im Mutterleib töten zu lassen. Die Volkspartei ist umgefallen. Der Landeshauptmann hat sein Wort gebrochen. Die Volkspartei hat sich nun auch in Vorarlberg als Partei des Todes erwiesen, nachdem sie in Salzburg in zehn Jahren als Landeshauptmannspartei (!) die Abtreibung im Landeskrankenhaus nicht beendet hat und nachdem sie in Tirol auch über die Einführung der Abtreibung in öffentlichen Spitälern diskutieren. Wir erinnern uns, daß auch die VP-Landeshauptleute für das schändliche Impfpflichtgesetz vor nunmehr zwei Jahren eintraten. Die Volkspartei unterwirft sich vollkommen einer lebensfeindlichen Agenda und niemand dort protestiert. –

Was im Fall von Vorarlberg besonders bemerkenswert ist, ist die koordinierte Kampagne einer relativ jungen „NGO“ („Nichtregierungsorganisation“). Das soll hier kurz dargestellt werden. Denn in dieser NGO kristallisieren sich die Pläne der Mächtigen in beispielhafter Weise. Die Politik bedient sich solcher Vorfeldorganisationen, um den Eindruck einer „Bewegung von unten“, einer „Graswurzelbewegung“ zu erzeugen. Dieser Eindruck ist natürlich falsch.

#aufstehn – Kampagnen im linken Mainstream

Treibende Kraft hinter der Einführung der Abtreibung in Vorarlberg scheint auf politischer Ebene die VP-Landesrätin Martina Rüscher gewesen zu sein. Allerdings ist im Hintergrund ein neuer Akteur auf den Plan getreten: eine Organisation namens *#aufstehn* (*Aufstehn.at – Verein zur Förderung zivilgesellschaftlicher Partizipation*, www.aufstehn.at, nicht zu verwechseln mit der Initiative „Aufstehen“ der deutschen Kommunistin Sahra Wagenknecht). Dabei handelt es sich um eine kampagnenstarke Gruppe. Elf Mitarbeiter und sechs Vorstandsmitglieder werden auf der Homepage aufgeführt. *#aufstehn* setzt sich für diejenigen Anliegen ein, die ohnehin von der Politik betrieben werden, unter ihnen beispielsweise Klimawahnsinn, Feminismus und eben Abtreibung („Selbstbestimmung“).

#aufstehn kampagnisierte auch – ganz in der Linie des durch Politik, Medien und „Antifa“ repräsentierten Mainstream – zugunsten des Abbaus oder der Veränderung des Denkmals für Bürgermeister Karl Lueger (1844 – 1910, amtierte ab 1897) am Karl-Lueger-Platz/Stubentor in Wien. Man organisierte am 5. Mai 2021 eine Pressekonferenz beim bereits seit Jahren übel beschmierten Lueger-Denkmal. Alle hatten brav Masken auf (im Freien!), was zeigt, daß diese Organisation für die berechtigten Anliegen und Rechte der Bürger gegenüber der Corona-Diktatur nichts übrig hatte sondern in den Hauptstrom der Politik eingebunden ist.

Kein Wort hörte man von dieser Truppe gegen den Impfwang, etwa unter dem Motto „Selbstbestimmung“ oder „Mein Körper gehört mir“. Diese Organisation ist, wie gesagt, eine von unzähligen NGOs, die im Dienst der Politik stehen und den Eindruck erwecken sollen, eine Graswurzelbewegung zu sein.

Triumphgeheul: „Erfolg in Vorarlberg“

Unter dem Datum vom 7. November 2023 schreibt *Aufstehn.at* zu den aktuellen Vorgängen in Vorarlberg:

„Erfolg in Vorarlberg: Mein Körper, meine Wahl

Wichtiger Erfolg: Nachdem Vorarlberger Politiker_innen vor christlichen Fundamentalist_innen und erzkonservativen Kräften einknickten, war die Gesundheitsversorgung von ungewollt Schwangeren in Gefahr. Gemeinsam mit über 17.000 Unterstützer_innen und Aktivist_innen aus ganz Österreich haben wir die Vorarlberger Regierung dazu gebracht, den lückenlosen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen. Wie wir das geschafft haben, kannst du hier nachlesen.“

Die Organisation schreibt dann ausführlich über die Vorgeschichte, den Abtreiber in Vorarlberg, die „Angst vor Angriffen von Abtreibungsgegnern, selbsternannten ‚Lebensschützern‘“, „christliche Fundamentalist_innen und Erzkonservative in der ÖVP“ und ihren Appell an LR Rüscher.

Laut der Homepage hätten sich „mehr als 17.000 Menschen der Forderung ‚Vorarlberg: Schwangerschaftsabbrüche müssen möglich bleiben!‘ angeschlossen“. Diese Zahl können wir natürlich nicht überprüfen. Andererseits sind 17.000 Unterschriften (österreichweit) nicht viel, wenn man die massive mediale Werbung (ORF, Standard, Vorarlberger Nachrichten) berücksichtigt. Offenbar ist es den Leuten doch nicht so wichtig. (Im ORF, *Vorarlberg heute*, sei einmal sogar eineinhalb Minuten lang positiv über die Aktion berichtet worden, wie man aus Vorarlberg hört. Als Werbezeit wäre das sehr teuer. Übrigens kamen zur Demonstration von *#aufstehn* nur etwa 200 Demonstranten nach Bregenz, und das abermals bei massiver medialer Unterstützung. Die Lebensschützer versammelten bis zu 700 Demonstranten, ohne mediale Unterstützung.)

Die Organisation schreibt dann, daß man „am 28. September, dem internationalen Tag für sicheren Schwangerschaftsabbruch“ gemeinsam mit tausenden Menschen „österreichweit für das Recht auf Selbstbestimmung auf die Straßen“ gegangen sei. Die Botschaft sei gewesen: „Unsere Körper, unsere Entscheidung!“ (Wiederum: Ein Slogan, den man von linken NGOs in der Impfterrorzeit nicht gehört hat.)

Aufstehn.at jubelt dann, daß ab Ende November „ungewollt Schwangere zur Behandlung ins LKH Bregenz“ kommen könnten, beklagt sich aber über den hohen Tarif von 720 Euro.

An der Grenze zur Verleumdung (nämlich daß Lebensschützer Abtreibungsärzte bedrohen würden) ist dann folgende Passage (Hervorhebungen im Original):

„Wie in den USA **gibt es auch in Europa ein Netzwerk an erzkonservativen und rechten Fundamentalist_innen, die alles daran setzen, sichere Abtreibung zu verbieten** und versuchen uns ihre ewiggestrige Ideologie aufzuzwingen [3]. Getarnt als harmlose Familienvereine orchestrieren sie auf der ganzen Welt Proteste – und haben so dazu beigetragen, dass sichere Abtreibungen etwa in Teilen der USA und Polen heute strafbar sind. **Es kann nicht sein, dass Ärzt_innen aus Angst vor Angriffen von Abtreibungsgegnern Menschen nicht medizinisch versorgen können.**“

Die Gruppe schreibt dann abschließend:

„Die Entwicklungen in Europa und in Österreich zeigen: Wir müssen jetzt aufstehn und uns entschieden für das Recht auf Selbstbestimmung einsetzen. **Wir werden genau darauf schauen und uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Zugang zu**

Schwangerschaftsabbrüchen nicht nur möglich, sondern immer und für alle Menschen gewährleistet ist.“

Damit ist klar, daß man den Interessen der weltweiten Abtreibungslobby zuarbeitet. Die vielbeschworene „Selbstbestimmung“ war diesen Leuten in der Zeit des Impfterrors keinen Muckser wert. Die Abtreibungslobby geht daher offenbar mit der Hauptstrompolitik, die maßgeblich von der Pharmalobby beeinflusst wird, konform.

Internationale Verflechtungen zu US-Linken

Wenn man sich ansieht, wer aller bei *#aufstehn* mitmacht, stößt man auf einen gewissen Mag. Carl „Yussi“ Pick, externer Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Er ist Initiator und Vereinsobmann von *#aufstehn*. Auf der Homepage *Aufstehn.at* heißt es über ihn:

„Yussi Pick ist einer der renommiertesten Kampagnen- und Kommunikationsberater des Landes. Seine Arbeit wurde national und international ausgezeichnet – etwa mit dem Deutschen Politik Award oder dem amerikanischen Kampagnen-Oscar, dem Rising Star Award. Gefragt ist er weit über die Grenzen von Österreich hinaus: Er war als einziger Europäer im Digital Organizing Team im Hauptquartier der Hillary Clinton Kampagne und in den Midterms 2018 verhalf er der Demokratischen Senatskandidatin Jackie Rosen zum Wahlsieg. Vor der Gründung seiner eigenen Agentur war er unter anderem bei Blueprint Interactive und Joe Trippi, dem Online Campaigning Pionier und Wahlkampfmanager von Howard Dean im Präsidentschaftswahlkampf 2004.“

Wir sehen hier die internationale Vernetzung von österreichischen Linken mit den US-Demokraten (und dem „Deep State“) sehr deutlich.

Im Vorstand ist auch eine Frau, in der sich mehrere ideologische Weichenstellungen gleichsam kristallisieren. Das System honoriert das großzügig. Weil es symptomatisch ist, von der Homepage der Forschungsplattform GAIN der Universität Wien ausführlich zitiert:

„Maria Sagmeister ist Juristin und Kunsthistorikerin, mit Schwerpunkt auf geschlechtertheoretischen Fragestellungen in beiden Fächern. Seit 2021 ist Maria als Universitätsassistentin (Post Doc) bei der Forschungsplattform GAIN beschäftigt und arbeitet an ihrem Habilitationsprojekt zur arbeitsrechtlichen Regulierung von Dienstleistungen in Privathaushalten. Im Rahmen dessen beschäftigt sie sich mit der Kommodifizierung von Sorgearbeit und der Un_Sichtbarkeit von Arbeit in diesem Feld, die oft im Kontext von Migration, in privaten Räumen und unter prekären rechtlichen Bedingungen verrichtet wird. 2021 war Maria Sagmeister Post-Doc Track Stipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Ihre rechtswissenschaftliche Dissertation hat Maria Sagmeister 2020 am Institut für Rechtsphilosophie der Universität Wien abgeschlossen, darin beschäftigt sie sich mit der Frage, wie das Recht zu einer gerechteren Verteilung unbezahlter Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen beitragen kann. Die Arbeit ist unter dem Titel ‚Geschlechtergerechte Arbeitsteilung‘ im Verlag Österreich erschienen und wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, darunter der Theodor Körner Preis und der Preis der Wiener Juristischen Gesellschaft. Als Kunsthistorikerin interessiert sich Maria Sagmeister für Strategien emanzipatorischer Sichtbarmachung von marginalisierten Lebensrealitäten, ihr

Diplom schloss sie mit einer Arbeit zum fotografischen Porträt ab, wobei drei Künstlerinnen im Fokus standen, die queere Communities porträtieren. Maria Sagmeister ist Fellow von Ars Juris und Redaktionsmitglied der kritischen juristischen Fachzeitschrift ‚juridikum‘ (aus <https://gain.univie.ac.at/ueber-uns/maria-sagmeister/>, abgerufen am 15.11.2023, Rechtschreibung im Original).

Es ist erstaunlich, für welche ideologischen Absurditäten Geld und Anerkennung ausgeschüttet wird.

Geschäftsführerin der Organisation und Mitbegründerin ist Maria Mayrhofer. Auf der Homepage heißt es:

„Maria leitet das #aufstehn-Team. Als Gründerin und Geschäftsführerin kümmert sie sich um den Aufbau der Organisation, plant und koordiniert Kampagnen, schmiedet Koalitionen und spricht mit den Medien. Die Politikwissenschaftlerin ist Obama Europe Leader (2022) und Cambridge Policy Fellow (2021/22). Für ihr Engagement gegen Hass im Netz wurde sie 2016 mit dem ‚Wiener Frauenpreis‘ ausgezeichnet“ (abgerufen am 15.11.2023).

Auch hier ist die Vernetzung in die USA interessant. Das Programm von *Obama Europe Leaders* ist ein halbjährlicher Fernkurs für Meinungsbildner bis 45 Jahren. Aus dem Wortwust auf deren Homepage kann man herauslesen, daß es darum geht, „changemakers“, also „Veränderer“, heranzubilden. Aus Österreich nahm heuer Mireille Ngosso, Ärztin und SPÖ-Politikerin (Abgeordnete zum Wiener Gemeinderat und ehem. stv. Bezirksvorsteherin im 1. Bezirk), teil. (Nach <https://www.obama.org/programs/leaders/europe/2023/mireille-ngosso/> war sie eine Organisatorin der *Black Lives Matter* – Demonstration im Frühsommer 2020 in Wien.)

Resümee

Offenbar war die Kampagne einer bestens vernetzten Lobbygruppe, die sich den Anschein einer Graswurzelbewegung gibt, bei der Einführung der vorgeburtlichen Kindstötung in Vorarlberg maßgeblich beteiligt. Sie traf auf eine weltanschaulich geschwächte und weit nach Links abgedriftete „Neue Volkspartei“ (ehem. „Österreichische Volkspartei“), die zu allem Überfluß nicht nur im Bund sondern auch auf Landesebene mit den Grünen koalitiert. Diejenigen VP-Mandatare und Funktionäre, die demonstrativ ihr Christsein betonen (meist in Vorwahlzeiten), haben ihre Stimme nicht erhoben (wie schon im Corona-Terror nicht). Sie spielen in der Praxis keine Rolle (außer beim Stimmenfang). So eine Partei macht sich selbst überflüssig.

Landeshauptmann Wallner war dem Druck offensichtlich nicht gewachsen und brach sein Versprechen, wonach es unter ihm keine Abtreibung im Landeskrankenhaus geben werde. Die kirchliche Autorität ist durch ihre Komplizenschaft mit der politischen Macht, wie exemplarisch beim Corona-Terror ersichtlich, ebenfalls geschwächt.

Die engagierte **Plattform für das Leben Vorarlberg** <https://plattform-leben-vorarlberg.at/>, tatsächlich eine Graswurzelbewegung, genießt zwar die Unterstützung vieler Bürger und konnte auch für gegenwärtige Verhältnisse gut mobilisieren, wird in Zeiten wie diesen von der Politik aber nicht gehört. Zu gewaltig ist die Übermacht.

Die Vorarlberger Regierungsmitglieder werden die Einführung des Kindermordes im Landeskrankenhaus zu verantworten haben. (Wolfram Schrems, 15.11.2023)